

Medienspiegel Woche 47 / 2015

	Seite
Der Bund, 14.11.2015 «Regardez sur l'internet»	1
Der Bund, 14.11.2015 Heftige Kritik am neuen Französisch-Unterricht	3
NZZaS, 15.11.2015 Zeugnis schon im Kindergarten	5
Südostschweiz, 17.11.2015 Lehrplan 21: Anpassung wichtiger als Mündigkeit	7
Tagblatt, 19. November 2015 Hello und Bonjour bleiben	10
Tagblatt, 20.11.2015 Leserbrief Unvollständig und falsch	11
Neue Luzerner Zeitung, 20. November 2015 Kommission gegen Ungültigkeit von Luzerner Fremdsprachen-Initiative	12
Schule Schweiz, 21. November 2015 Ist Eymann noch tragbar?	13

Der Bund, 14.11.2015

«Regardez sur l'internet»

Nachschlagen ist erlaubt: Die neue Französisch-Didaktik erfordert von den Lehrern ein Umdenken. Zu Besuch in einer Nidauer Oberstufenklasse.

Adrian M. Moser

[Und so sprechen die Nidauer Siebtklässer Französisch: Kurze Fragerunde in der grossen Pause.](#)

Dienstagmorgen, 8.10 Uhr, Schule Burgerbeunden in Nidau. Vanessa Strotz hat sich soeben vor ihre Klasse gestellt und eine Doppellektion Französisch eröffnet. Sie will, dass die 26 Siebtklässler mit ihren Pultnachbarn über die Regeln des Verben-Konjugierens diskutieren. Ein geschäftiges Durcheinanderreden erfüllt den Raum. Strotz wartet ein paar Minuten. Dann sagt sie: «Vous parlez en français, ça me plait.»



«Discutez en français!»

«Regardez sur l'internet si vous ne comprenez pas le verbe.»

Bild: Adrian Moser (11 Bilder)

Nun will die Lehrerin, dass die Schülerinnen und Schüler die Verben «être» und «faire» schriftlich konjugieren. Sie lässt sie einen Moment lang machen, dann beginnt sie durch die Reihen zu gehen und hie und da etwas zu korrigieren. «Ne melangez pas», sagt sie, «nicht durcheinanderbringen.» Als alle fertig sind, fragt Strotz die Verben Form für Form ab. «Ihr macht», schreibt sie an die Tafel und ruft ein Mädchen in der hintersten Reihe auf. «Vous faisez», sagt das Mädchen. «Nein, es heisst <vous faites>», sagt Strotz. Grosses Korrigieren an den Pulten.

Ein Sprachbad sollen sie nehmen

Auch wenn man es nicht sieht: Vanessa Strotz, 32-jährig, seit 10 Jahren Lehrerin, ist noch immer daran, sich zurechtzufinden. Im vergangenen Sommer ist der erste Jahrgang, der **Frühfranzösisch** hatte, in die 7. Klasse gekommen. Diese Kinder hatten nicht nur schon ab der 3. Klasse Französisch-Unterricht. Dieser fand auch nach völlig neuen Methoden statt. Mit dem neuen Lehrmittel «Mille feuilles» sollen die Kinder spielerisch an die Fremdsprache herangeführt werden, ein «Sprachbad» sollen sie nehmen, neue Wörter vor allem über das Gehör lernen und sich «Strategien» aneignen, um Texte, die sie nicht verstehen, zu «erschliessen». Grammatik und Verbformen spielen in den ersten vier Jahren keine Rolle.

Strotz schickt ein paar Schüler in den Informatikraum, um die Tablets zu holen. Sie kommen zurück mit Kisten voller Elektronik. Jeder und jede nimmt sich ein Gerät und trägt die Nummer in eine Liste ein. («Die Tablets haben wir erst seit den Herbstferien», sagt Strotz. «Vorher mussten wir improvisieren.»)

Französisch als Wettbewerb

Die Schüler arbeiten nun im «Atelier des Verbes». Das Programm gibt einen Satz aus mit einer Lücke anstelle des Verbs. Darunter stehen mehrere Formen desselben Verbs zur Auswahl. Die

Kinder müssen die passende auswählen. Gelingt das beim ersten Versuch, gibt es zwei Punkte, beim zweiten nur noch einen. Französisch-Unterricht ist jetzt auch ein Wettbewerb. Die Kinder jubeln und fluchen, und wer verliert, fordert von seinem Gegner Revanche.

«Regardez sur l'internet si vous ne comprenez pas le verbe», sagt Strotz. «Es bringt nichts, wenn ihr die Verben konjugieren könnt, aber keine Ahnung habt, was ihr konjugiert.» Die Kinder sind mit Elan bei der Sache. Zwei Mädchen antworten auf die Frage, ob sie das «Atelier des Verbes» gut fänden, mit einem zögerlichen Ja. «Es gibt aber coolere Sachen als Endungen», sagt eines von ihnen. «Zum Beispiel als wir eine Geschichte über eine Kuh schreiben mussten.»

Kontroverse auf der Oberstufe

Die neue Sprachdidaktik hat unter den Oberstufenlehrern eine Kontroverse ausgelöst. Einige von ihnen haben bereits vor den Herbstferien massive Kritik geäußert. Obwohl die jetzigen Siebtklässler nun schon vier statt zwei Jahre Französisch gehabt hätten, könnten sie weniger als frühere, hiess es. Der bekannte Frühfranzösisch-Kritiker Alain Pichard sagte sogar, die Schüler könnten «nichts mehr».

Strotz teilt die Kritik nur zum Teil. «Am Anfang bin ich erschrocken», sagt sie, während die Kinder nun über Sinn und Wesen futuristischer Erfindungen wie zum Beispiel eines elektrischen Pferds diskutieren. «Zuerst hatte ich auch den Eindruck, da sei nichts. Aber dann habe ich gemerkt: Die trauen sich was.» Die Schüler hätten weniger Angst vor der Fremdsprache und seien wissbegieriger als vorher. «Ich musste lernen, loszulassen», sagt Strotz. «Früher haben wir mehr geführt, mehr korrigiert. Jetzt müssen wir wegkommen von dieser Fehlerkultur.»

Wenig Wortschatz, keine Regeln

Strotz erteilt ihren Schülern den Auftrag, eine der Erfindungen schriftlich zu beschreiben. Zehn Minuten gibt sie ihnen dafür. Bei allem Lob stellt auch Strotz fest, dass die Kinder noch keine Struktur in der Sprache erkennen und über einen viel geringeren Wortschatz verfügen als früher. Sie blättert im «Clin d'œil», dem neuen Lehrmittel für die Oberstufe. «Sehen Sie, das sind alle Wörtli, die meine Schüler in sechs Wochen lernen müssen. Früher waren es jede Woche so viele.» Strotz' Aufgabe als Französischlehrerin an der Oberstufe hat sich mit der neuen Didaktik gewandelt. Bisher konnte sie auf einem Wortschatz und einer Reihe von Regeln aufbauen, die die Schüler kannten oder hätten kennen sollen. Jetzt ist zwar vieles da, aber nichts kann sie voraussetzen.

Wunsch nach mehr Struktur

«Ich spüre bei meinen Schülern den Wunsch nach mehr Struktur», sagt Strotz. Auch deshalb geht sie mit ihrem Grammatikunterricht weiter als vom Lehrmittel vorgegeben – das schriftliche Verben-Büffeln zu Beginn der Lektion wäre nicht vorgesehen gewesen. Strotz wirbt dafür, nicht zu früh über den neuen Fremdsprachenunterricht zu urteilen. «Je länger ich mit diesen Schülern arbeite, desto mehr Fähigkeiten kommen zum Vorschein, die ich am Anfang nicht gesehen habe.»

Zum Schluss lässt Strotz die Schüler das Resultat ihrer Arbeit vorlesen. Ein Schüler hat über das elektrische Pferd geschrieben und liest in fließendem Französisch: «Das Metallpferd ist super, weil es nicht sterben kann und deshalb niemand weinen muss.»

<http://www.derbund.ch/bern/kanton/regardez-sur-l-internet-si-vous-ne-comprenez-pas/story/23223251>

Der Bund, 14.11.2015

Heftige Kritik am neuen Französisch-Unterricht

Viele Oberstufenlehrer weigern sich, die Didaktik anzuwenden, die mit dem Frühfranzösisch eingeführt worden ist. Die Schüler könnten «nichts mehr», heisst es.

Adrian M. Moser

Wenn Siebtklässler Französischunterricht erhalten, ist das längst kein [Frühfranzösisch](#) mehr. Die Kritik, die viele Oberstufenlehrer nun äussern, hat aber viel mit Frühfranzösisch zu tun.

Als vor vier Jahren erstmals Drittklässler in Französisch unterrichtet wurden, war für Schüler wie Lehrer alles neu. Zwei Jahre später kamen zum ersten Mal Lehrer mit Frühfranzösisch in Berührung, die schon zuvor Französisch unterrichtet hatten. Doch auch sie konnten ihre neuen Klassen nur mit solchen vergleichen, die zuvor keinen Französischunterricht hatten. Inzwischen sind die ersten «Frühfranzösisch-Kinder» in der Oberstufe angelangt – und treffen dort auf Lehrer, die klare Erwartungen haben, was die Schüler bereits können sollten.

Hört man sich um, wird bald klar: Die Erwartungen vieler werden nicht erfüllt. Die härtesten Urteile fällen jene, die auch den Lehrplan 21 und die damit einhergehende neue Didaktik ablehnen. So sagt etwa Alain Pichard, Reallehrer in Orpund und profiliertes Lehrplan-21-Gegner: «Die Schüler können nichts mehr. Es ist völlig chaotisch.»

Neue Art, Sprache zu vermitteln

Als das Frühfranzösisch vor vier Jahren im Rahmen des Projekts Passepartout eingeführt wurde, bedeutete das weit mehr, als den Start des Französischunterrichts vom fünften auf das dritte Schuljahr vorzulegen. Kern der Reform ist eine völlig neue Art, die französische Sprache zu vermitteln. Die Kinder sollen die Fremdsprache spielerisch entdecken, sollen sich «Strategien» aneignen, um schwierige Texte zu «erschliessen». Grammatik und Rechtschreibung dagegen spielen in den ersten Jahren kaum mehr eine Rolle.

Auch Philippe von Escher, Französischlehrer am Oberstufenzentrum Worboden in Worb, kritisiert die neue Situation: «Für mich als Lehrer ist es schlimm, wenn Spez-Sek-Schüler einfachste Sätze nicht verstehen.» Er sagt, die Schüler bekundeten grosse Mühe beim Schreiben und könnten nicht einmal die wichtigsten Verben wie «être» und «aller» konjugieren. «Das muss man jetzt alles aufholen», sagt er. «Da tauchen schon riesige Fragezeichen auf.»

Keine Wörtli- und Grammatiktests

Ein weiterer Punkt, an dem sich die befragten Oberstufenlehrer stören: Sie wurden in der Weiterbildung zum neuen Lehrmittel «Clin d'œil» angehalten, keine Diktate, Wörtli- und Grammatiktests mehr durchzuführen. «Es ist mir egal, wenn das nun quasi verboten ist», sagt von Escher. «Ich werde es trotzdem weiter tun, denn ich will, dass Schülerinnen und Schüler eine Struktur erkennen.» Schüler bräuchten Strukturen. Der «Bund» weiss von mehreren Schulen, deren Französischlehrer sich an Elternabenden von der neuen Didaktik distanzieren und angekündigt haben, von den Vorgaben abzuweichen.

Erwin Sommer, Vorsteher des kantonalen Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung, findet das problematisch. «Damit verunsichern die Schulen die Eltern und die Schüler.» Sommer sagt, Wörtli- und Grammatiktests seien keineswegs verboten, sondern sollten im Unterricht lediglich einen geringeren Stellenwert haben als früher. Dem steht der Inhalt eines Merkblatts entgegen, das die Schulen im vergangenen Jahr als Vorinformation zum neuen Lehrmittel erhalten

haben und das dem «Bund» vorliegt. Darin stehen unter dem Titel «Was man nicht tun soll»: Dictées, Wörtlitests, Grammatiktests.

«Dem Projekt eine Chance geben»

Sommer wünscht sich, dass die Oberstufenlehrer die Schüler «dort abholen, wo sie jetzt stehen». «Es ist unfair, zu sagen, die Kinder könnten nichts mehr, und es ist unfair, ihre neuen Stärken einfach auszublenden.» Die Erziehungsdirektion nehme das Thema aber ernst und stehe mit der PH und dem Verlag, der das neue Lehrmittel herausgegeben hat, in Kontakt, um Verbesserungen zu erzielen.

Die befragten Lehrer reagieren unterschiedlich auf Sommers Einwand, die Schüler hätten neue Stärken. Einige, unter ihnen Alain Pichard, haben keine solchen bemerkt. Andere hingegen sagen, die Schüler hätten zum Beispiel viel weniger Angst vor schwierigen Texten. Philippe von Escher sagt: «Die Kinder sind mutiger als früher.» Und er schränkt gleich wieder ein: «Vor allem die guten.»

Beim bernischen Lehrerverband (Lebe) weiss man von den Diskussionen um die neue Französisch-Didaktik. Franziska Schwab, Leiterin Pädagogik, vertritt eine neutrale Position: «Wir finden, dass man dem Projekt Passepartout eine Chance geben soll. Ein Fazit können wir erst ziehen, wenn die erste Generation die neunte Klasse beendet hat. Bis dahin ist es zu früh, einen erneuten Systemwechsel zu fordern.»

<http://www.derbund.ch/bern/kanton/heftige-kritik-am-neuen-franzoesischunterricht/story/15406172?track>

NZZaS, 15.11.2015

Zeugnis schon im Kindergarten

Expertengruppe der Erziehungsdirektoren präsentiert Ideen für neue Schulzeugnisse

René Donzé

Die Noten in den Zeugnissen sollen neu definiert werden. Ziel ist eine Angleichung der Beurteilung der Schüler in den Kantonen.

Mit Einführung des Lehrplans 21 müssen die meisten Kantone ihre Zeugnisse neu gestalten. Einige Fächer haben neue Bezeichnungen erhalten, andere wurden zusammengefasst. Doch obwohl mit dem Lehrplan die Schule weiter harmonisiert wird, hat die Konferenz der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (D-EDK) den Kantonen bis jetzt keine Vorschläge zur Ausgestaltung der neuen Zeugnisse gemacht.

Nun aber liegt ein Papier vor, das eine Arbeitsgruppe aus Experten und Vertretern der Kantone im Auftrag der D-EDK erarbeitet hat. Die Vorschläge haben Brisanz. Unter anderem sollen bereits im Kindergarten Zeugnisse ausgestellt werden, in denen der Besuch des Unterrichts bestätigt wird. Eine Beurteilung der Leistungen der Kinder hingegen ist nicht vorgesehen. Der Schaffhauser Erziehungsdirektor und Präsident der D-EDK, Christian Amsler, unterstützt das. «Wenn jemand bereits im Kindergarten Leistungsdruck aufbauen will, dann halte ich klar dagegen», sagt er. Ergänzt werden können die Zeugnisse laut Amsler durch Beobachtungsbögen, auf denen die Fortschritte der Kinder festgehalten werden. Auch Jürg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle des Schweizer Lehrerverbandes (LCH), kann sich das vorstellen: «Nur wenn eine gute Möglichkeit gefunden wird, die Erfolge der Kompetenzerreichung altersgemäss wiederzugeben, ergibt ein Zeugnis im Kindergarten Sinn», sagt er.

Mit der Notengebung soll laut der Arbeitsgruppe erst in der zweiten oder dritten Primarschulklasse angefangen werden, wie dies heute schon in den meisten Kantonen der Fall ist. «Im Kindergarten haben Noten nichts zu suchen, und auch in den ersten Primarschuljahren bewähren sich Elterngespräche besser als Notenzeugnisse», sagt auch Christian Amsler. In den oberen Klassen seien sie aber sinnvoll.

Noten neu berechnen

Allerdings wird sich die Berechnung der Noten verändern: Sie sollen in der Vorstellung der Experten nicht mehr einfach aus einem Durchschnitt von Prüfungsnoten und allenfalls einer Mündlich-Note bestehen. Vielmehr setzen sie sich aus dem Lösen von Prüfungen, dem Erreichen von Lernzielen und dem Erreichen von Kompetenzstufen gemäss Lehrplan 21 zusammen. Den Noten sollen zudem Beurteilungsblätter zugrunde liegen, auf denen die Lehrer die Kompetenzen und Fortschritte der Schüler differenzierter festhalten können. Dadurch erhofft sich die Arbeitsgruppe «eine Angleichung unter den Kantonen», wie sie in ihrem Papier schreibt. Pädagoge Brühlmann findet das sinnvoll: «Es ist wichtig, dass eine Gesamtbetrachtung mit in die Noten einfließt», sagt er. Allerdings bedeute das einen Zusatzaufwand, der unter heutigen Bedingungen kaum zu bewältigen sei.

Obwohl der Bericht im Auftrag der D-EDK entstand, wollen ihm die Erziehungsdirektoren keinen formellen Status geben. «Die Regelung von Zeugnissen und Notengebung bleibt auch in Zukunft Sache der Kantone», sagt Amsler. Allerdings sagt er auch: «Persönlich unterstütze ich das Anliegen, die Zeugnisse von ihrer Struktur her über die Kantonsgrenzen hinaus einander anzugleichen und so die Lesbarkeit zu verbessern.» Brühlmann vom LCH glaubt, dass der Bericht den Kantonen die Richtung vorgibt, in die sich die Zeugnisse entwickeln sollen. Auch von den kantonalen Volksschulämtern kommen Signale, dass der Bericht durchaus Grundlage für neue Zeugnisse sei.

Gewerbe ist enttäuscht

Dem Gewerbe indes gehen solche vagen Aussagen zu wenig weit. «Es ist frustrierend, dass sich die D-EDK nicht zu klaren Empfehlungen durchringen konnte», sagt Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Er spricht von einer «verpassten Chance», die Zeugnisfrage zu koordinieren.

Der Gewerbeverband fordert schon seit langem aussagekräftige und vergleichbare Zeugnisse, vor allem in der Sekundarschule. Dann könnten auch die Tests abgeschafft werden, welche heute in vielen Branchen für angehende Lehrlinge durchgeführt werden. Bigler sagt, er sei enttäuscht, dass sein Verband nicht in die Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektoren einbezogen worden sei. «Wir hatten nicht einmal Kenntnis davon, dass es eine solche gibt.»

<http://starkevolksschulesg.ch/wp-content/uploads/NZZaS-15.11.2015.jpg>

Mehr dazu:

Kontrollwahn im Kindergarten

[annabelle 14-14](#)

Südostschweiz, 17.11.2015

Lehrplan 21: Anpassung wichtiger als Mündigkeit

Fritz Tschudi

Jede Aktivität im Leben, jedes Lernen inner- und ausserhalb des Unterrichts, ist kompetenzbildend. Man könnte sagen, im menschlichen Leben sind Kompetenzbildungen gar nicht zu verhindern.

Gelernt wird im Unterricht ausnahmslos an Lerninhalten am Lerngegenstand in unterschiedlichem Kontext. Das Ergebnis ist stets ein Mehr an Wissen, Können und Handlungsfähigkeit, was nichts anderes heisst, als dass jede Lernaktivität, Kompetenzen heranbildet. Während bisherige Lehrpläne aber inhaltliche Lernziele vorgaben, setzen die neu-modischen, wie etwa der Lehrplan 21 (LP 21), auf Kompetenzraster und Kompetenzziele («Schülerinnen und Schüler können ...»). Für das Lernen selbst ist die konzeptionelle Ausrichtung der Lehrpläne aber völlig gleichgültig, denn gelernt wird, wie oben erwähnt, ausnahmslos an stofflichen Inhalten in konkreten Situationen.

Den Gegnern des Lehrplans 21 wird in Verkennung ihrer Argumente vorgeworfen, sie würden die Notwendigkeit des kompetenzorientierten Unterrichts partout nicht erkennen (wollen) und darum den neuen Volksschullehrplan ablehnen. Die Frage lautet dann üblicherweise: «Was habt ihr eigentlich gegen Kompetenzen?» – «Natürlich nichts, ganz im Gegenteil», heisst die ebenso übliche Standardantwort. Damit ist der Dialog leider auch schon beendet.

Die Befürworter haben unter den aktuellen Gegebenheiten nämlich nicht den geringsten Anlass, die Debatte um den LP 21 freiwillig in die breite Öffentlichkeit zu tragen.

Darum die auffallend wortkarge Haltung der lehrplanverantwortlichen Erziehungsdirektoren, der Pädagogischen Hochschulen, der Lehrplanautoren und – beschämend – das unterwürfig konformistische und unprofessionelle Verhalten vieler Lehrerverbände in ihrer Rolle als fachliche Anwälte der Kinder, Eltern und Lehrpersonen. Diese «Anwälte» scheinen zu übersehen, dass kein Betroffener sich dem gültigen Lehrplan verweigern kann.

Als Gegner des LP 21 wende ich mich nicht gegen die Nennung von Kompetenzen. Die Intervention richtet sich dezidiert gegen die Verabsolutierung der Kompetenzorientierung zulasten der Eigenwerte von Lerninhalten, aber auch gegen die Ausrichtung des LP 21 nach demokratisch nicht legitimierten (ideologischen) OECD-Diktaten.

Wer Wissen, Können und Handlungsfähigkeit heranbilden will, gründet seine Unterrichtsaktivitäten auf die Faszination der Lerngegenstände, der Inhalte, nicht auf allgemeine Kompetenzformulierungen. «Die Schülerinnen und Schüler können über Macht, Machtbegrenzung und Machtmissbrauch nachdenken, reflektieren», «... können nennen und unterscheiden, verstehen, austauschen, erkennen» usw. Die Einbindung derartiger Anweisungen in den Unterricht ist seit jeher eine Selbstverständlichkeit, die keiner tausendfachen Erwähnung im Lehrplan bedarf.

Die Gegnerschaft beruft sich auf gut zu begründende Einwände, wie etwa die Ausrichtung des Unterrichts auf Messbarkeit der Ergebnisse, auf Controlling und die Einschränkung der Methodenfreiheit durch die Vorgabe bestimmter Unterrichtsprinzipien, zum Beispiel der Binnendifferenzierung als intensiv propagierte Methode zur Individualisierung des Unterrichts in heterogenen Klassen.

Aber aufgepasst: «Individualisierung» bedeutet hier nicht die von gut meinenden Eltern erhoffte individuelle Lernhilfe in einem von der Lehrperson geführten und strukturierten Klassenunterricht, nein, das Credo heisst «Selbstorganisiertes Lernen» (SOL), schlimmstenfalls im Grossraumbüro! – SOL ist unbestritten ein wichtiges Bildungsziel, aber kein chancengerechtes Unterrichtsprinzip für die Volksschule. Die Ergebnisse fallen besonders bei schwächeren Schülern

verheerend aus. Der Abbau des beruflichen Freiraums für Lehrpersonen bis hin zum «randständigen» Lerncoach ist schon heute in manchen Schulen skurrile Realität. Die Propagandisten werden aber nicht müde, die Einwände zu bestreiten.

Der Lehrplan 21 selbst verlangt zwar keine bestimmten Unterrichtsmethoden, doch rücken die einführenden Kapitel das Unterrichtsprinzip des selbständigen Lernens (SOL) in Lerneinheiten in den Vordergrund. Mit dem LP 21 wird dieses Unterrichtsprinzip zur Pflicht, was die berufliche Selbstbestimmung und die Selbstverantwortung der Lehrpersonen mit Sicherheit massiv einschränken wird.

Die Ausrichtung des LP21 im Sammelfach «Natur, Mensch, Gesellschaft» strotzt von ideologienahen Themen, welche unter Vernachlässigung handfester Fachkenntnisse (wegen der Abschaffung von Physik, Chemie und Biologie als eigenständige Fächer) halt irgendwie durchgewurstelt werden müssen. Eine Zumutung für die Kinder, Eltern und Lehrer. Das Bestreben «weg von der Fachlichkeit, hin zum ideologieschwangeren Selbstbedienungsladen» schafft ein Bad der Beliebigkeit und «Lebensweltlichkeit», wo die Grenzen zwischen anregendem Unterricht und Indoktrination rasch verschwinden können. Absolut unverständlich ist darum der Verzicht auf die strikte Forderung nach Anwendung des [Beutelsbacher Konsens](#) im Lehrplan. Über die Jahre könnte andernfalls unsere Demokratie substanziell gefährdet werden. Ist es Fahrlässigkeit, Naivität oder Absicht der Lehrplanentwickler, einen Lehrplan zu propagieren, welcher unserer Kultur und die gewachsenen Traditionen nach dem Willen der OECD dem Globalisierungsgötzen opfern will?

Doch die Lehrplanverantwortlichen bauen auf die Gewissheit, nicht auf die Zustimmung des Volkes angewiesen zu sein. Die Macht der Argumente liegt offensichtlich bei den Gegnern. Den Verfechtern aber gehört die Macht der Politik. Beide Aussagen erklären die konsequente Verweigerung des Dialogs als einfachste und wirksamste Strategie zur Rettung des LP 21.

Entscheiden Sie, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, ob Sie Ihren Kindern oder Enkelkindern einen kompetenzorientierten Lehrplan 21 mit dem folgenden «Qualitätsausweis» freiwillig zumuten würden:

- Das Kompetenzkonzept ist wissenschaftlich ungeklärt.
- Es dient vorab dazu, «Bildung» messbar zu machen.
- Kompetenzorientierung missachtet den Eigenwert von Lerninhalten und senkt das Bildungsniveau.
- Lerninhalte werden durch den kompetenzorientierten Unterricht prinzipiell beliebig und damit leicht zweitrangig.
- Kompetenzorientierung ist Grundlage des sogenannten «selbstgesteuerten Lernens» (SOL). Dieses Unterrichtsprinzip ist sehr umstritten.
- Der kompetenzorientierte LP 21 zielt auf Anpassung (Faktoren: Wirtschaft, Globalisierung, Gesellschaft, Politik).
- Die OECD verfolgt eine Strategie kultureller Entwurzelung.
- Gesellschaftliche Folgen: Untergraben von Demokratie, Kultur und Wirtschaft.
- Die Grundforderung nach Harmonisierung wird nur unzureichend und durch freimütige Interpretation auf dem Papier erreicht.
- Die neue Bildungsdoktrin macht Bildung zur Ware, zum bedeutenden Wirtschaftsfaktor durch Privatisierung.
- Die Durchsetzung des Kompetenzkonzepts zeigt Merkmale von Propaganda.

- Die Zwischenbilanz nach zehn Jahren Kompetenzorientierung in Deutschland fällt in manchen Bundesländern vernichtend aus. Folgen: Dramatisches Schwinden von Wissen und Können (immer weniger Absolventen sind berufsfähig), Leistungsnivellierung nach unten und staatliches Notendumping bestimmen den Teufelskreis. Über 90 Prozent der Abiturienten gelten in universitären (harten) Fachrichtungen (Mathe, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften) als nicht studierfähig und müssen in millionenteuren Vorbereitungskursen geistig aufgepäppelt werden. Auch in den USA verabschiedet man sich von den bislang als unverzichtbar gewerten Kompetenzkonstrukten. Die «Päpstin» der Kompetenzorientierung, Diane Ravitch, gesteht den Irrtum in ihrem neuesten Buch öffentlich ein.

Vielleicht finden sich doch noch volksnahe Verfechter des Lehrplans 21, welche sich mutig aus dem Busch wagen und ihre Argumente ohne Not offenlegen.

Den Verfassern verspreche ich einen Ehrenplatz auf meiner Pinnwand.

Fritz Tschudi war langjähriger Sekundarlehrer in Chur.

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2015-11-17/lehrplan-21-anpassung-wichtiger-als-mundigkeit>

Tagblatt, 19. November 2015

Hello und Bonjour bleiben

Der Verein «Starke Volksschule» wehrt sich gegen die Einführung des Lehrplans 21 und fordert auf Primarstufe nur noch eine Fremdsprache. (Bild: Mareycke Frehner)

ST.GALLEN. Der Kanton St. Gallen soll aus dem HarmoS-Konkordat aussteigen. Das fordert eine Initiative. Die Regierung lehnt sie ab und hält fest: Es bleibt bei zwei Fremdsprachen in der Primarschule – so oder so.

REGULA WEIK

Für den Verein «Starke Volksschule» ist klar: Das HarmoS-Konkordat ist ein «Zwangskonkordat» und erst noch ein gescheitertes. Der Verein hat ihm deshalb den Kampf angesagt. Sein Ziel: Der Kanton St. Gallen soll aus dem Konkordat zur Harmonisierung der Volksschule aussteigen. Er ist seit 2008 dabei; das St. Galler Stimmvolk hatte dem Beitritt zugestimmt, der Ja-Stimmen-Anteil betrug 52,8 Prozent.

Die HarmoS-Kritiker lancierten vor einem Jahr eine «Austritts-Initiative». 4000 Unterschriften waren nötig; 7017 trug der Verein zusammen. Mit diesem Rückenwind fordert der Verein nun dringend eine «Korrektur der pädagogischen Verwirrungen» – von St. Gallen bis ins Wallis verursachten die Reformer «einen täglichen Kleinkrieg an unseren Schulen». Auch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) bekommt ihr Fett ab – ein Gremium «ideologisch motivierter Bürokraten, denen die meist fachfremden Erziehungschefs mehr vertrauen als ihren eigenen Wählern», so der Verein. Und weiter: «Die EDK gängelt über das HarmoS-Konkordat Schülerinnen und Schüler mit unbrauchbaren Lehrmitteln und verordnetem Vertrödeln der kostbarsten Zeit ihres jungen Lebens».

Kein Gegenvorschlag

Nun liegt der Bericht der Regierung zur Initiative «Ja zum Ausstieg aus dem HarmoS-Konkordat» auf dem Tisch. Sie beantragt dem Kantonsparlament – kaum überraschend – das Ansinnen abzulehnen. Und sie verzichtet auf einen Gegenvorschlag.

Anders als die Initiantinnen und Initianten ist die Regierung nicht der Meinung, das HarmoS-Konkordat sei gescheitert. Sie untermauert dies mit Zahlen: 15 Kantone sind bis heute dem Konkordat beigetreten. Sieben Kantone – darunter Appenzell Ausserrhoden und Thurgau – haben den Beitritt abgelehnt. Und in vier Kantonen ist die Beitrittsfrage noch hängig, so auch in Appenzell Innerrhoden. St. Gallen ist aktuell somit der einzige Ostschweizer HarmoS-Kanton.

Nur noch eine Fremdsprache

Hinter dem Widerstand gegen HarmoS steht letztlich die Ablehnung des Lehrplans 21. Der Verein «Starke Volksschule» wehrt sich vehement gegen dessen Einführung und gegen zwei Fremdsprachen auf Primarstufe. Dieses Anliegen hätte er gerne gesetzlich verankert. Er hatte dazu eine zweite Initiative lanciert. Doch das St. Galler Verwaltungsgericht erklärte die Initiative als nicht zulässig. Das Anliegen widerspreche übergeordnetem Recht. Damit stützte das Gericht einen Entscheid der Regierung. Heute wird im Kanton St. Gallen ab der dritten Klasse Englisch und ab der fünften Klasse zusätzlich Französisch unterrichtet.

Umweg führt nicht ans Ziel

Dem Verein blieb daher nichts anderes übrig, als den Umweg über HarmoS einzuschlagen. Seinem Ziel ist er damit nicht näher gekommen. Selbst bei einer Annahme der Initiative wäre es nämlich nicht erlaubt, in der Primarschule nur noch eine einzige Fremdsprache zu unterrichten, hält die Regierung fest. Das verstosse gegen die Bundesverfassung. Die Regierung beruft sich dabei auf das Verwaltungsgericht.

Das Kantonsparlament wird sich an einer seiner nächsten Sitzungen damit befassen. Das letzte Wort hat das Volk. Der Abstimmungstermin ist noch offen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/kantonstgallen/tb-sg/Hello-und-Bonjour-bleiben;art122380,4431490>

Leserbrief dazu

Unvollständig und falsch
[Tagblatt, 20.11.2015](#)

Hello und Bonjour bleiben
Ausgabe vom 19. November 2015

Unvollständig und falsch

Bewusst werden seitens der St. Galler Regierung Sachverhalte wieder unvollständig und falsch verbreitet. Es ist und bleibt Fakt, mit einem HarmoS-Austritt legen wir den Grundstein für maximal eine Fremdsprache auf der Primarstufe. Wie es in einem Urteil des Verwaltungsgerichtes ebenso heisst, ist der Fremdsprachenunterricht nicht in Stein gemeiselt. Nach einem erfolgten Austritt aus dem HarmoS-Konkordat kann über den Koordinationsweg der Weg zu maximal einer Fremdsprache auf der Primarstufe in Angriff genommen

werden. Dies ist auch im Einklang mit dem eidgenössischen Sprachengesetz (Art. SpG Art.15), welches das Ziel des Fremdsprachenunterrichts in der Volksschule beschreibt und nicht dessen Beginn. Auch der Kanton Thurgau hat in diesem Jahr beschlossen, dass es zukünftig keine Frühfremdsprache mehr auf der Primarstufe gibt. Dies ist möglich, da der Kanton Thurgau das HarmoS-Konkordat abgelehnt hat. Er ist also nicht im HarmoS-Konkordat gefangen. Warum bleibt dies seitens St. Galler Regierung unerwähnt beziehungsweise wird nicht anerkannt? Viele Studien zeigen, dass es aus pädagogischer Sicht keine Vorteile von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe gibt. Das frühe Ler-

nen zweier Fremdsprachen ist keine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn. Spätstarter lernen eine Fremdsprache wesentlich effizienter – sie benötigen weniger Lernzeit für das Erreichen desselben Sprachniveaus. Wichtigster Faktor für das Beherrschen einer Fremdsprache ist die Leistung in der Erstsprache – wer gut Deutsch kann, lernt eine Fremdsprache besser. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg. Mit einem beherzten Ja zum HarmoS-Austritt legen wir den Grundstein für eine dem Entwicklungsstand des Kindes gerechte Grundschulbildung.
Michael Fitzi
Initiativpräsident «Ja zum HarmoS-Austritt»
Bahnstr. 10, 9422 Staad

Neue Luzerner Zeitung, 20. November 2015

Kommission gegen Ungültigkeit von Luzerner Fremdsprachen-Initiative



Die Fremdsprachen-Initiative im Kanton Luzern soll für gültig erklärt werden. (Symbolbild)

BILDUNG · Im Kanton Luzern soll die Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» für gültig erklärt werden. Dies beantragt die vorbereitende Kommission dem Kantonsrat. Sie will eine inhaltliche und nicht eine rein juristische Debatte zur Initiative führen können.

«Auf der Primarstufe wird eine Fremdsprache unterrichtet», lautet die Forderung in der Volksinitiative. Nach Ansicht des Regierungsrates sollen die Stimmberechtigten aber nicht darüber abstimmen können, ob die Primarschüler weiterhin zwei Fremdsprachen lernen sollen oder nicht.

Das Volksbegehren verstosse gegen übergeordnetes Recht und das Gebot der Einheit der Materie, erklärte der Regierungsrat und verwies auf ein von ihm veranlassenes Gutachten. Die Initiative widerspreche der Schulharmonisierung und schaffe für den Stimmbürger ein Dilemma, weil er nicht wisse, ob Englisch oder Französisch gestrichen werde.

Die Initianten reagierten mit einem Gegengutachten. Dieses kam zum Schluss, dass es keinen Grund gebe, das Volksbegehren für ungültig zu erklären. Die Initiative verstosse nicht gegen die Schulharmonisierung, denn es sei dem Kanton Luzern nicht verboten, in der Primarschule nur eine Fremdsprache zu unterrichten. Die angeführte Zwangslage für die Stimmbürger gebe es nicht.

Die parlamentarische Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) hat sich bei ihren Beratungen von beiden Gutachtern informieren lassen. Darauf entschied sie sich einstimmig dafür, dem Kantonsrat zu beantragen, das Volksbegehren für gültig zu erklären, wie sie am Freitag mitteilte.

Das Initiativrecht sei als demokratisches Recht hoch zu gewichten, erklärte die EBKK. Sie wolle einen inhaltlichen Prozess zulassen und sich nicht ausschliesslich auf juristische Grundlagen verlassen. Weil Expertenmeinung gegen Expertenmeinung stehe, spreche sie sich für die Gültigkeit der Initiative und damit für die Volksrechte aus.

Ferner soll das Geschäft an den Regierungsrat zurückgewiesen werden, damit dieser inhaltlich Stellung zum Anliegen beziehen könne. Nur so habe der Kantonsrat die nötigen Grundlagen, um sich einer inhaltlichen Debatte zu widmen.

Der Kantonsrat wird die Initiative Ende November oder Anfang Dezember beraten. Fremdsprachen-Initiativen waren bereits in St. Gallen und Graubünden für ungültig erklärt worden. (sda)

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/lu/luzern/Kommission-gegen-Ungueltigkeit-von-Luzerner-Fremdsprachen-Initiative;art92,630599>

Schule Schweiz, 21. November 2015

Ist Eymann noch tragbar?

"Verzell du das em Fährimaa!" Das sagt man in Basel, wenn man das Gefühl hat, man werde auf den Arm genommen. Wenn Lehrplankritiker das Interview von Christoph Eymann - Präsident der EDK und Basler Erziehungsdirektor - in der "Zeit" lesen, dann müssen sehr viele "Fährimaane" zuhören, dermassen unverblümt sind die Manipulationsversuche des Magistraten. Dabei hat Eymann mit seinem Leistungsausweis (Basel hat die schwächsten Schüler der Deutschschweiz) keinen Grund dafür: Er ist verantwortlich für das desaströse Sprachenkonzept, das entgegen den Versprechungen die Barrieren zwischen den Kantonen zusätzlich verstärkt. Er verteidigt - gegen alle Vernunft und wissenschaftliche Evidenz - das frühe Lernen von zwei Fremdsprachen. Das sich immer stärker abzeichnende Debakel im Fremdsprachenlernen lässt ihn kalt. Trotz massiven Investitionen in Weiterbildung und Lehrmitteln, trotz Lektionsausbau an der Primarschule bleiben die Erfolge aus.

Doch das reicht offenbar nicht. In einem Interview mit der deutschen "Zeit" äussert sich Eymann zum Widerstand gegen den Lehrplan 21 in der Schweiz. Er schwärmt: **"Wir waren aber immer an einem offenen Dialog interessiert. Und an Kritik. Das hat sich ausbezahlt."** Eymann findet, der Lehrplan 21 richte sich nicht an Eltern - **der gehe diese eigentlich gar nichts an.** Und die vielen Kritiker reiben sich bei folgender Aussage ungläubig die Augen: **"Die Basis (des Widerstands, U.K.) bildete das Halbwissen von bildungspolitisch tätigen Milizparlamentariern, die sich mit ihrer Empörung an die gefolgsbereiten Sektionen in den Kantonen gewandt haben"**. Eymann dürfte der frühe Widerstand von Lehrern, Eltern und Bildungswissenschaftlern wohl entgangen sein.

Der Lehrplan 21 mit seinen weitreichenden Auswirkungen auf die Methoden und Ziele des Unterrichts, auf die Art der Leistungsmessung und die Rolle der Lehrkräfte kann nicht mit früheren Lehrplänen mit ihren Stoffsammlungen gleichgesetzt werden. Diese markante Weichenstellung muss demokratisch legitimiert sein. Der breite Widerstand, der sich politisch nun in Initiativform ausdrückt, soll - koste es, was es wolle - mit juristisch fragwürdigen Ungültigkeitserklärungen gebrochen werden. Das Volk soll in der Schweiz in Sachen Volksschule nichts mehr zu sagen haben. Es stellt sich daher die Frage, ob Herr Eymann in seinem hohen und wichtigen Amt noch tragbar ist. (uk)

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2015/11/ist-eymann-noch-tragbar.html#more>

Zeit, 16. November 2015

Lehrplan 21 : "Das geht die Eltern nichts an"

Die Deutschschweiz flucht über den Lehrplan 21. Der Kanton Basel-Stadt hat ihn bereits umgesetzt. Wie hat er das geschafft? Ein Gespräch mit Bildungsdirektor Christoph Eymann

Von Sarah Jäggi

<http://www.zeit.de/2015/46/schweiz-lehrplan-21-interview-christoph-eymann>